Neue Zürcher Zeitung



# Idealist auf Umwegen

# Der lange Weg der Transparenz

*Bereits in drei Kantonen waren die Juso mit Initiativen für die gläserne Parteienfinanzierung erfolgreich – gelingt nun eine schweizweite Verschärfung?*

SASCHA BRITSKO

Überraschend wurde am Sonntag in Schaffhausen die Transparenzinitiative der Juso angenommen. Selbst die Initianten hatten nicht damit gerechnet. «Wir hofften auf 45 Prozent und einen Achtungserfolg», sagt Juso-Kantonsrat und Mitinitiant Stefan Lacher.

Blickt man auf die radikalen Forderungen, ist der Erfolg umso bemerkenswerter: Jede Spende einer Organisation oder eines Unternehmens muss deklariert werden. Nur Spenden von natürlichen Personen unter 3000 Franken dürfen anonym bleiben. Ausserdem müssen Politikerinnen und Politiker, die sich zur Wahl in ein öffentliches Amt stellen, ihre Interessenbindungen «rigoros» offenlegen.

### Angst vor mehr Bürokratie

Innerhalb eines Jahres muss die Schaffhauser Regierung nun einen Gesetzesentwurf ausarbeiten, der dann dem Kantonsrat vorgelegt wird. FDP-Kantonsrat Thomas Hauser zeigt sich kritisch: «Die Initiative ist ein Wolf im Schafspelz. Niemand ist gegen Transparenz, aber der bürokratische und der finanzielle Aufwand sind immens.» Und Klarheit darüber, wer für eine Sache spendet, würde am Resultat einer Abstimmung ohnehin nichts ändern.

Juso-Mann Lacher erwidert, bürgerliche Parteien würden unterschätzen, wie sehr der Faktor Geld zum Vertrauensverlust in der Politik beitrage. «Deswegen bringen sie den Mehraufwand auch nicht mit dem Mehrnutzen, nämlich dem Vertrauen der Bürger, in Verbindung.» Das Volk aber habe in drei konservativ geprägten Kantonen eine Initiative der Juso angenommen. Das zeige, dass Transparenz kein Links-rechts-Thema sei.

Tatsächlich ist Schaffhausen nach Schwyz und Freiburg bereits der dritte Kanton, der eine Transparenzregelung einführt. Doch noch ist von der geforderten Transparenz nicht viel zu sehen. Die Schwyzer Initianten haben denn auch Klage beim Bundesgericht eingereicht, «weil der Kantonsrat die Initiative so verwässert hat, dass sie nichts mehr nützt», wie Mitinitiant Thomas Büeler sagt. Auch in Freiburg stockt die Umsetzung. Der von der Regierung im Herbst vorgelegte Entwurf trifft keine Unterscheidung zwischen Spenden von natürlichen und juristischen Personen, beide sollen erst ab 5000 Franken deklariert werden müssen. Dagegen wehrt sich die Juso nun.

In Schaffhausen fürchten die Initianten solch eine laxe Umsetzung. «Das Worst-Case-Szenario wäre für uns, wenn das Gesetz wie im Kanton Schwyz abgeschwächt werden würde», sagt Lacher. Die Reaktionen der Gegner hätten ihn nicht zuversichtlich gestimmt. FDP-Kantonsrat Hauser beschwichtigt. Verwässern dürfe man das Gesetz nicht, aber: «Ich hoffe natürlich, dass das ausgearbeitete Gesetz an der nötigen Mehrheit im Kantonsrat scheitert und noch einmal vors Volk gebracht wird. Dann müssten die Parteien hinstehen und den ganzen Aufwand rechtfertigen.»

Unabhängig von den Auseinandersetzungen auf kantonaler Ebene hat der Erfolg der Schaffhauser Initiative Signalwirkung für das nationale Volksbegehren, über das voraussichtlich im Frühjahr 2021 abgestimmt wird. Die Co-Präsidentin des Initiativkomitees, Nadine Masshardt, ist überrascht und erfreut über das Resultat in Schaffhausen: «Es wird immer klarer, dass die gewonnenen Abstimmungen in Schwyz und Freiburg keine Zufälle waren, wie das danach behauptet wurde. Durch den Druck aus den Kantonen bekommt unsere Initiative Rückenwind.»

### Ständerat weist den Weg

Doch jetzt fange die Arbeit erst an. «Der Nationalrat darf nicht an der Bevölkerung vorbei politisieren, sondern muss einen griffigen Gegenvorschlag ausarbeiten.» Den Weg dazu hat der Ständerat bereitet. Er verlangt, dass Spenden ab 25 000 Franken offengelegt werden müssen und ein Wahlkampfbudget ab 250 000 Franken transparent zu machen ist.

In den Kantonen hatten die Bürgerlichen der Transparenzforderung wenig entgegenzusetzen. Ob dies auch auf nationaler Ebene der Fall sein wird, ist jedoch alles andere als sicher. Denn bisher spielte den Juso vieles in die Hände: In Freiburg konzentrierten sich die grossen Parteien auf den Wahlkampf zur No-Billag-Initiative, und auch die Schwyzer Bürgerlichen fuhren keine Gegenkampagne.

«Den Initianten ist es wohl gelungen, den Verdacht zu nähren, die Politik sei gekauft und voller undurchsichtiger Finanzstrukturen», sagt FDP-Nationalrat Beat Walti. Er äussert Zweifel daran, dass die Offenlegung des Budgets auf nationaler Ebene viel bringen werde. «Am meisten politischen Erfolg haben nicht die mit dem grössten Portemonnaie, sondern die mit der grössten medialen Resonanz», betont Walti.